

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Claudia Roth, Ayse Asar, Schahina Gambir, Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Ulle Schauws, Julian Joswig, Dr. Andrea Lübcke, Karoline Otte, Prof. Dr. Anja Reinalter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auslaufen der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Hochschulkooperationsprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und Folgen für die deutsche Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik

Hochschulkooperationen mit Ländern des Globalen Südens sind ein zentrales Instrument deutscher Außen-, Wissenschafts- und Entwicklungspolitik. Über die Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) sind über Jahrzehnte langfristige Partnerschaften mit Hochschulen in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten entstanden, die nicht nur einzelne Studierende fördern, sondern ganze Institutionen durch neue Studiengänge, gemeinsame Forschung, stärkeres Hochschulmanagement und belastbare Netzwerke stärken. Dieser Ansatz ist nachweislich wirksam: Mit vergleichsweise geringen Mitteln bauen diese Programme langfristig wirkende Strukturen auf, die aus dem regulären Hochschulhaushalt nicht gegenfinanziert werden können (Evaluation der DAAD-Hochschulpartnerschaften 2009 bis 2019, abrufbar unter: https://static.daad.de/media/daad_de/der-daad/kommunikation-publikationen/daadevaluationpartnerschaftsprogrammesummaryde.pdf). Die strategische Bedeutung dieser Programme zeigt sich auch darin, dass insbesondere China, Russland und die Türkei den akademischen Austausch mit Ländern des Globalen Südens gezielt intensivieren und als Instrument ihrer Außenpolitik einsetzen, um geostrategisch ihren Einfluss auszubauen (vgl. DAAD-Policy Brief „Akademischer Austausch als Instrument geostrategischer Einflussnahme“, Juni 2026).

Nach aktuellen Plänen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sollen bis 2031 alle DAAD-Programme zur Hochschulkooperation mit Ausnahme eines Alumni-Programms eingestellt werden. Gleichzeitig laufen Programme aus, die bislang aus Sonderinitiativen des BMZ gefördert wurden. Im Jahr 2025 wurden die betroffenen Programme noch mit rund 25 Mio. Euro jährlich gefördert. In den vergangenen fünf Jahren erreichten sie rund 120 000 Menschen in über 70 Ländern, an denen rund 450 Partnerhochschulen und Partnerinstitutionen beteiligt waren. Thematisch arbeiteten die Programme an Zukunftsfragen wie Energieversorgung, Wassermanagement, Gesundheit und Digitalisierung (vgl. DAAD-Pressemitteilung vom 20. Mai 2026; Entschließung der DAAD-Mitgliederversammlung vom 23. Juni 2026). Renommiertere deutsche Hochschulen – darunter die Technische Universität Berlin, die Universität Bielefeld, die Universität Potsdam und viele weitere – haben in Stellungnahmen beschrieben, was die Beendigung für sie konkret bedeutet: den Verlust jahrelang aufgebauter Partnerschaften, die Unter-

brechung laufender Projekte und den Wegfall wissenschaftlicher Netzwerke, die nicht kurzfristig wiederhergestellt werden können. Das BMZ hat erklärt, seine künftige DAAD-Förderung auf Stipendienprogramme konzentrieren zu wollen (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 151 der Abgeordneten Claudia Roth auf Bundestagsdrucksache 21/6244). Stipendien fördern jedoch individuelle Bildungswege, während Hochschulkoperationsprogramme darüber hinaus institutionelle Kapazitäten in den Partnerländern aufbauen – durch Curricula-Entwicklung, Qualitätssicherung, Forschungsinfrastrukturen und dauerhafte Vernetzung. Dieser strukturelle Wirkungskanal lässt sich durch Individualförderung nicht ersetzen.

Aus Sicht der Fragestellenden wirft die Entscheidung grundlegende prozedurale Fragen auf. Es ist nach Kenntnis der Fragestellenden nicht erkennbar, dass das BMZ vor seiner Entscheidung eine Folgenabschätzung oder Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unter Einbeziehung langfristiger Effekte vorgenommen hat oder andere Bundesressorts einbezogen wurden. Darüber hinaus sehen die Fragestellenden die Entscheidung im Widerspruch zur im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschriebenen ressortübergreifenden Stärkung des DAAD und zur neuen BMZ-Strategie, die den DAAD als zentralen Partner für Hochschulbildung und Forschung benennt. Paradox erscheint zudem, dass die vom BMZ einberufene entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission stabile Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens zum Ziel erklärt, während ebendiese Partnerschaften gleichzeitig eingestellt werden.

Geopolitisch kommt aus Sicht der Fragestellenden erschwerend hinzu, dass autoritäre Staaten wie Russland oder China Lücken füllen, die durch das außenwissenschaftspolitische Vakuum entstehen, das die Bundesregierung hinterlässt. Zum Vergleich: Im Jahr 2025 bewarben sich über 40 000 Studierende aus Afrika um die rund 5 000 staatlich finanzierten russischen Stipendienplätze. China hat sich vorgenommen, allein zwischen 2025 und 2027 im Rahmen seines Beijing Action Plan 60 000 afrikanische Studierende und 1 000 Forschende ins Land zu holen sowie 30 gemeinsame Forschungslabore zu gründen. Beide Länder setzen akademische Kooperationen gezielt ein, um Einfluss, Netzwerke und politische Loyalitäten in Regionen aufzubauen, in denen Deutschland durch die Einstellung der DAAD-Programme an Präsenz verliert (vgl. DAAD-Policy Brief „Akademischer Austausch als Instrument geostrategischer Einflussnahme“, Juni 2026). Der Academic Freedom Index belegt zudem, dass nur noch knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern mit geschützter Wissenschaftsfreiheit leben. Ausgerechnet in diesem schrumpfenden globalen Freiraum werden mit den DAAD-Kürzungen Instrumente geschwächt, die institutionelle Offenheit und demokratische Wissenschaftsstrukturen im Globalen Süden stärken.

Parallel dazu liegt die institutionelle Förderung des DAAD im Haushalt des Auswärtigen Amtes im Regierungsentwurf für 2027 mit 204,95 Mio. Euro deutlich unter dem Niveau von 2023 (222,0 Mio. Euro) (Regierungsentwurf Bundeshaushalt 2027).

Vor diesem Hintergrund stellen sich für die Fragestellenden grundlegende Fragen zur Entscheidungsgrundlage, zu den inhaltlichen Folgen und zur strategischen Kohärenz der deutschen Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten DAAD-Programme im Zuständigkeitsbereich des BMZ sind von den Kürzungen betroffen (bitte einzeln nach Programmname, gefördertem Finanzvolumen und geplanter Auslaufzeit aufschlüsseln), und wie viele Kooperationen mit Hochschulen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden dadurch vorzeitig beendet oder nicht verlängert?
2. Hat die Bundesregierung vor der Entscheidung, die DAAD-Hochschulkoperationsprogramme auslaufen zu lassen, eine Folgenabschätzung vorgenommen, in der kurzfristige Einspareffekte den langfristigen Folgen für Deutschlands außenwissenschaftliche und entwicklungspolitische Beziehungen gegenübergestellt wurden, wenn ja, mit welchem Ergebnis, und wenn nein, warum nicht?
3. Hat die Bundesregierung eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt, die über kurzfristige Einsparungen hinaus auch langfristige Effekte für Wissensaufbau, Fachkräfteentwicklung und internationale Partnerschaften einbezieht, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
4. Wurden der DAAD, die Hochschulrektorenkonferenz sowie betroffene Hochschulen vor der Entscheidung über das Auslaufen der Programme konsultiert oder informiert, und wenn ja, in welcher Form, und mit welchem zeitlichen Vorlauf, und welche anderen Bundesressorts – insbesondere das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt sowie das Bundeskanzleramt – wurden in den Entscheidungsprozess einbezogen?
5. In welchen konkreten thematischen Bereichen und Zielregionen werden durch das Auslaufen der BMZ-Programme Hochschulkoperationen beendet (bitte nach Programm und Region, insbesondere für die Bereiche Energieversorgung, Wassermanagement, Gesundheit und Digitalisierung, aufschlüsseln)?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse bisheriger Evaluierungen der DAAD-Hochschulkoperationsprogramme, insbesondere der Portfolioanalyse und Evaluation der DAAD-Hochschulpartnerschaften 2009 bis 2019 (abrufbar unter: https://static.daad.de/media/daad_de/der-daad/kommunikation-publikationen/daadevaluationpartnerschaftsprogramm/summaryde.pdf), im Hinblick auf die Entscheidung, diese Programme auslaufen zu lassen?
7. Wie verträgt sich die Entscheidung zum Auslaufen der DAAD-Hochschulkoperationsprogramme mit der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschriebenen ressortübergreifenden Stärkung des DAAD sowie mit der neuen BMZ-Strategie, die den DAAD als zentralen Partner für Hochschulbildung und Forschung benennt?
8. Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Einstellung der DAAD-Hochschulkoperationsprogramme und dem Auftrag der vom BMZ einberufenen entwicklungspolitischen Nord-Süd-Kommission, stabile Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens aufzubauen und zu erhalten, und wie erklärt sie diesen Widerspruch gegebenenfalls?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der Kürzungen bei den DAAD-Hochschulkoperationsprogrammen auf den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland, insbesondere mit Blick auf den Zugang deutscher Hochschulen zu internationalen Forschungsnetzwerken, zu wissenschaftlichen Talenten sowie zu Forschungsdaten und Forschungsexpertise aus dem Globalen Süden?

10. Welche Staaten – insbesondere China, Russland, die Türkei und die Golfstaaten – bauen nach Kenntnis der Bundesregierung ihr wissenschaftliches und akademisches Engagement in denselben Regionen und Themenfeldern aus, aus denen sich Deutschland durch die Einstellung der DAAD-Programme zurückzieht, und wie bewertet die Bundesregierung das Risiko, dass Deutschland dadurch dauerhaft an wissenschaftlichem und außenpolitischem Einfluss in diesen Regionen verliert?
11. Wie bewertet die Bundesregierung die strategische Bedeutung der Deutsch-Mongolischen Hochschule für Rohstoffe und Technologie (DMHT) vor dem Hintergrund der deutschen Rohstoffstrategie und des Ziels, Abhängigkeiten von China bei kritischen Rohstoffen zu verringern, und welche Auswirkungen hätte eine Beendigung der Förderung auf Deutschlands Zugang zu mongolischen Rohstoffvorkommen sowie auf die Ausbildung dortiger Fachkräfte?
12. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass bei einem deutschen Förderrückzug aus der akademischen Ausbildung mongolischer Fach- und Führungskräfte im Rohstoffsektor andere Akteure – insbesondere China oder Russland – die entstehende Lücke füllen, und welche Konsequenzen hätte dies für Deutschlands Position im Wettbewerb um Rohstoffpartnerschaften in der Mongolei?
13. Wie bewertet die Bundesregierung die Bedeutung von Projekten wie SOLID (Strengthening Social Work for Addiction & Health in Central Asia and China), koordiniert durch die Technische Hochschule Nürnberg mit Partnerhochschulen in Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und China, für die Umsetzung der Zentralasienstrategie der Bundesregierung im Rahmen des C5+1-Formats, und sieht sie die Gefahr, dass durch die BMZ-Kürzungen die Nachhaltigkeit solcher Projekte und der von ihnen aufgebauten akademischen Strukturen in den Partnerländern gefährdet wird?

Berlin, den 13. August 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion